



Jeanette Hofmann

Digitalisierung, Öffentlichkeit, Demokratie – drei Thesen

In:

Veränderungen der Kommunikation in der Gesellschaft und politische Konsequenzen :
Streitgespräch in der Wissenschaftlichen Sitzung der Versammlung der
Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 29. Juni 2018 und
thematisch ergänzende Vorträge vom 30. November 2018

ISBN: 978-3-939818-86-1

Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 2019

S. 44 - 51

(Debatte ; 20)

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-33021](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-33021)



Jeanette Hofmann

Digitalisierung, Öffentlichkeit, Demokratie – drei Thesen

These 1: Die Demokratie ist eine mediatisierte Herrschaftsform.

Dass die Demokratie eine mediatisierte Herrschaftsform ist, klingt nach einer trivialen Beobachtung, wenn man bedenkt, dass alle menschliche Wahrnehmung, Kommunikation und Handlung medial vermittelt ist. Sei es durch den menschlichen Körper und seine Sinne, sei es durch gesellschaftliche Institutionen und Technologien, die gesellschaftliches Handeln vielfach erst möglich machen, Medien vollbringen, was Sybille Krämer (1998: 559) als „Distanzleistungen“ bezeichnet hat. In diesem Sinne verweist die erste These nicht auf einen bestimmten Typ der Demokratie, etwa auf die digitale Demokratie, von der inzwischen öfter die Rede ist, sondern sie akzentuiert eine spezifische Beobachtungsperspektive, nämlich auf die Rolle, die Medien für die Realisierung von Demokratie spielen. Die repräsentative Demokratie, so der Gedanke, der der ersten These zugrunde liegt, ist ohne einen spezifischen Typ von Verbreitungsmedien gar nicht vorstellbar: Es muss Verbreitungsmedien wie die Schrift und den Buchdruck geben, um politische Verständigung über größere regionale Distanzen zu realisieren. Eine solche medienorientierte Perspektive auf die Demokratie ist zumindest in der Politikwissenschaft bislang unterentwickelt. Es gibt keine systematische Forschung über den Zusammenhang von Medien und demokratischer Selbstbestimmung.

Dem amerikanischen Politikwissenschaftler Benedict Anderson (1983) verdanken wir die Einsicht, dass die Entstehung nationaler Gemeinschaften, „imagined communities“ in seiner Terminologie, und somit auch des Nationalstaats das Aufkommen des „Printkapitalismus“ zur Voraussetzung hat. Verbreitungsmedien wie die Tageszeitung ermöglichen erst, dass alle Bürger zur gleichen Zeit die gleichen politischen Nachrichten studieren – in dem Bewusstsein, dass viele andere Menschen dies auch tun. Gleichzeitigkeit und Vernetzung, so Anderson, bilden wichtige Elemente in der Herausbildung nationaler Gemeinschaften. Aber auch in einem ganz materiellen Sinne ist eine öffentliche Sphäre über größere räumliche Distanzen auf Kommunika-

tionsmedien angewiesen. Ohne eine öffentliche Sphäre kann es wiederum keine zeitnahe Verbreitung politischer Nachrichten, keinen politischen Diskurs und folglich auch keinen nationalen Demos geben. Repräsentative Demokratie und Kommunikationsmedien können daher als sich wechselseitig konstituierende Einheit verstanden werden: Massenmedien schaffen die Voraussetzung für die territorialstaatliche Demokratie; umgekehrt prägt das moderne Demokratieverständnis mit seinen Anforderungen an Inklusivität und Transparenz politischer Prozesse die Formate und Publikationsrhythmen der Kommunikationsmedien.

Es gibt jedoch noch einen zweiten, auf die Eigenschaften von Medien selbst verweisenden Grund, warum der Zusammenhang zwischen Medien und Demokratie nicht trivial ist. Medien ermöglichen nicht nur bestimmte Kommunikations- oder Koordinationsformen, sondern sie schließen ebenso viele andere, zumindest prinzipiell mögliche Varianten aus. Medien sind mit anderen Worten performativ; sie übertragen Kommunikationsinhalte nicht bloß, sondern sie wirken auf die Art und Weise der Kommunikation und ihre Inhalte unmittelbar ein: „The medium ist the message“ (McLuhan 1964).

In der Medienwissenschaft wie auch der Systemtheorie beruft man sich auf die Unterscheidung zwischen Medium und Form, um die Selektivität von Medien zu erfassen. Medien wie die Sprache schaffen Möglichkeitsräume, aus denen spezifische Formen wie Wörter, Sätze, aber auch die Schrift hervorgehen. In der Systemtheorie spricht man in diesem Kontext von losen und festen Kopplungen (Luhmann 1998). Andere Kopplungen wären jeweils möglich gewesen, aber diese sind uns für gewöhnlich nicht präsent, denn die Form steht immer im Vordergrund, während das Medium als Möglichkeitsraum unsichtbar und in seinen Grenzen unbestimmbar bleibt. Ein bekanntes Beispiel für dieses Verhältnis aus Medium und Form ist Bertolt Brechts sogenannte Radiotheorie, die in den frühen Tagen des Internets wieder an Popularität gewann. Seine Theorie lief auf eine Neukonfiguration des Rundfunks hinaus, die den „Distributionsapparat“ in einen „Kommunikationsapparat“ des öffentlichen Lebens transformiert – realisiert als ein „ungeheures Kanalsystem“, das den vereinzelt Zuhörer zu einem Sprechenden macht, der sich mit anderen Sprechenden darüber in Beziehung setzen kann (Brecht 1967: 129). Brechts Theorie erkundete das Medium Rundfunk und kritisiert seine restriktive Form, die One-to-many-Kommunikation. Medien sind also performativ in dem Sinne, dass sie Neues wie nationale Öffentlichkeiten und „Zuschauerdemokratien“ schaffen, aber vermittelt durch ihre Formen zugleich

ausschließend wirken, indem sie andere mögliche Kommunikations- und Beteiligungsformen unwahrscheinlich machen.

These 2: Digitalisierung, Öffentlichkeit und Demokratie entwickeln sich koevolutionär – Interdependenz statt Kausalbeziehung.

Spätestens seit dem britischen Brexit-Referendum und der Wahl von Trump bei den letzten US-Wahlen ist die Beziehung zwischen Demokratie und Digitalisierung erneut auf die politische Tagesordnung gerückt. Im Unterschied zu den 2000er Jahren, als das Internet als Ressource für die Demokratie wahrgenommen wurde (Stichwort Arabischer Frühling), stehen derzeit die Bedrohungen digitaler Technologien für die Demokratie im Vordergrund. Das Erstarren populistischer Parteien und Bewegungen, aber auch neue Formen der Wähleransprache und Manipulation wie Micro-Targeting oder Social Bots werden als Belege dafür angeführt, dass die Digitalisierung mittlerweile zur Gefahr für die Demokratie geworden ist. Demokratie und Digitalisierung werden hierbei als zwei voneinander unabhängige Entitäten wahrgenommen und in eine kausale Beziehung zueinander gesetzt. Demnach stellt die digitale Technik eine unabhängige Kraft dar, die auf das demokratische Gemeinwesen und seine Institutionen einwirkt und diese stärkt, schwächt oder gar unterläuft. Diese Sichtweise schreibt der Digitalisierung nicht nur ein bemerkenswertes Maß Autonomie zu, sie verkennt auch die enorme Kontingenz oder Entwicklungsoffenheit, die dieser innewohnt.

Benedict Anderson hat die Formierung nationaler Gemeinschaften denn auch nicht der Ausbreitung der Drucktechnik zugeschrieben, sondern auf die Entstehung des „print capitalism“ verwiesen. Diesen kann man sich als Konstellation vorstellen, in der sich verschiedene gesellschaftliche, technische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen gebündelt haben. Dazu gehört die Drucktechnik, aber ebenso die Säkularisierung, die ein Interesse an neuen Typen von Druckerzeugnissen wie Literatur und Zeitungen weckt, das Verlegerkapital, das die Gründung von Zeitschriften ermöglicht, und nicht zuletzt die Alphabetisierung und Herausbildung von überregionalen Sprachgemeinschaften, die unabdingbar für die Entwicklung nennenswerter Absatzmärkte für Druckerzeugnisse waren.

Bezogen auf die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung ist Andersons Printkapitalismus relevant, weil er der Drucktechnik zwar

eine essentielle, aber keine exklusive Rolle zuschreibt. Ohne die anhaltende Säkularisierung etwa hätte sich die Drucktechnik sicherlich in einer anderen Form ausdifferenziert. Diese Feststellung lässt sich dahingehend verallgemeinern, dass Technologien ihr spezifisches Funktionsspektrum bzw. ihre Form jeweils als Bestandteil größerer gesellschaftlicher Zusammenhänge ausprägen, also die Signatur der gesellschaftlichen und politischen Umstände tragen, in denen sie zur Geltung kommen. Ihre Entwicklung ist deshalb nicht beliebig, so gibt es natürlich erhebliche Unterschiede zwischen analogen und digitalen Kommunikationsmedien; aber aus diesen materiellen Unterschieden allein lassen sich die Entwicklungspfade und Nutzungsweisen des Internets nicht erklären.

Wie im Falle der Drucktechnik ist auch in Bezug auf das Internet nach der Gesellschaftsformation zu fragen, die aus dem Möglichkeitsraum, den die digitale Technik aufspannt, bestimmten technischen Formen den Weg ebnet. Die Durchsetzung des Internets und seiner Dienste, die uns heute so selbstverständlich erscheinen, war und ist jedenfalls bis heute kein Selbstläufer. David Clark (2016), einer der Architekten des Internets, hat dessen Geschichte als eine Abfolge von „forks in the road“ beschrieben; Weggabelungen also, die andere Entwicklungspfade digitaler Netze möglich und zeitweilig sogar wahrscheinlich gemacht haben. Rückblickend betrachtet erweist sich die Durchsetzung des Internets als eine eher unwahrscheinliche Entwicklung. Bis in die 1990er Jahre konkurrierte es gegen eine alternative Netzarchitektur, die sich, weil sie von den nationalen Postbehörden über die Internationale Fernmeldeunion (ITU) initiiert worden war, auf die politische Unterstützung der staatlichen Administrationen stützen konnte. Dass sich das Internet, das zunächst kaum mehr als eine experimentelle Entwicklungsumgebung darstellte, gegen diese Konkurrenz durchsetzen konnte, kann nicht auf technische Überlegenheit zurückgeführt werden, sondern verdankt sich einer gesellschaftlichen Konstellation, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Liberalisierungstendenzen vereinte.

Eine große Rolle spielte die in den OECD-Ländern vorangetriebene Privatisierung der Telekommunikation in den 1990er Jahren. Die Realisierung eines territorialen, zentral verwalteten Datennetzes mit eigens darauf ausgerichteten Kommunikationsdiensten konnte nun nicht länger hoheitlich verordnet werden, sondern sah sich mit einem Gegenentwurf konfrontiert, der auf nicht-proprietäre Standards sowie eine dezentral und grenzüberschreitend angelegte Netzarchitektur setzte. Innovationen wie das WorldWideWeb, das

dem Internet schließlich international zum Durchbruch verhalf, wären in dem staatlich geplanten Datennetz technisch ausgeschlossen gewesen. Die weitere Entwicklung der digitalen Anwendungen und ihrer Nutzung reflektierte dann in zunehmendem Maße auch die kulturelle und politische Liberalisierung, die im Nachgang der 1960er Jahre zum Mainstream avancierte. Das Fehlen einer hierarchischen Kontrolle und effektiven Veto-Instanz hat zu einer Vielzahl innovativer Anwendungen geführt, die dem Anspruch auf Individualisierung, wirtschaftlicher und politischer Freiheit zumindest in der westlichen Welt einen willkommenen Resonanzboden bietet.

Einer Formulierung von Andreas Reckwitz (2008) folgend, könnte man sagen, dass sich das Internet zu einem „Übungsfeld für neue Subjektformen“ entwickelt hat. Im Umfeld der sozialen Netzwerke etwa experimentierten die jungen Generationen heute mit den kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Freiheiten, die ihre Eltern und Großeltern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erkämpft haben und treiben auf diese Weise den digitalen Wandel weiter voran. Das Internet, so meine These, ist ein Kind der Spätmoderne. Seine Entwicklung reflektiert das Zusammentreffen kultureller, wirtschaftlicher und politischer Liberalisierungsprozesse, die sich gewissermaßen in die Technik einschreiben. Entsprechend sollte der Strukturwandel, den wir gegenwärtig beobachten, nicht als primär technikgetrieben verstanden werden, sondern als Ausdruck einer gesellschaftlichen Orientierung, die wirtschaftliche und kulturelle Freiheit prämiert und deren Beschränkung durch kollektive Normen unter erhöhten Rechtfertigungsdruck stellt.

These 3: Die Digitalisierung bewirkt eine Steigerung von Kontingenz, die die Entscheidbarkeit und Fragilität demokratischer Institutionen sichtbar macht.

Ein Effekt des digitalen Strukturwandels ist, dass er uns Merkmale der mediatisierten Demokratie vor Augen führt, die wir, solange sie intakt waren, als selbstverständlich wahrgenommen haben. Durch den Rückspiegel können wir Stabilitätsmechanismen der Demokratie identifizieren, die sich – den politischen Apparat und die Massenmedien ermöglichend und zugleich begrenzend – miteinander verbunden haben. Die Systemtheorie würde hier von festen Kopplungen sprechen, die den Massenmedien ihre spezielle Form verleihen.

Bis zur Jahrtausendwende hatten die Massenmedien in westlichen Demokratien eine nahezu unangefochtene Monopolstellung in der öffentlichen Sphäre inne. Sie entschieden über die Relevanz und Irrelevanz von Akteuren, Ideen und Programmen und prägten damit die medial erfahrbare politische Wirklichkeit. Das Zusammenspiel von Politik und Medien wurde zusätzlich durch eine kapitalintensive Medientechnologie befestigt, die das Publizieren von Nachrichten und Weltdeutungen auf wenige Organisationen und Autorinnen und Autoren beschränkte. Medienbetriebe besaßen oder kontrollierten zumindest ihre Ausspielkanäle. Diese Kontrolle erleichterte die Durchsetzung journalistischer Normen und zementierte die strikte Trennung zwischen wenigen professionellen Produzenten und einem großen konsumierenden Publikum. Sie begrenzte auch, mit Bourdieu (1996) gesprochen, den öffentlichen Raum des Sag- und Denkbaren.

Man kann nun einwenden, dass die mächtige Rolle der Medien als Gatekeeper vielfach kritisiert worden ist, nicht zuletzt aufgrund der intellektuellen und gesellschaftlichen Nähe zwischen politischen und journalistischen Eliten. Und doch erschließt sich erst im Rückblick, wie stark die Kopplung von analogen Medientechnologien, Konventionen der Berichterstattung und Kontrolle der Kommunikationskanäle unser Verständnis von demokratischer Öffentlichkeit und politischer Partizipation geprägt hat. Dazu gehört vor allem auch die von der deliberativen Demokratietheorie entwickelte Vorstellung eines nationalen öffentlichen Raums als geteilter politischer Bezugsrahmen, an dem alle Bürger zumindest als Rezipienten teilhaben (Habermas 1992).

Die Digitalisierung zerstört diese enge Verbindung zwischen Politik und Medien nicht, aber sie eröffnet neue Kommunikationsmöglichkeiten und schafft damit ein Übungsfeld für Akteure und Ausdrucksformen, die im öffentlichen Diskurs bislang nicht repräsentiert waren. Die sozialen Netzwerke haben die Menschen faktisch mit einem Lautsprecher ausgestattet und der Unterscheidung zwischen Informationsproduzenten und -empfängern ihre materielle Grundlage entzogen. Im Prinzip können nun alle Menschen öffentlich kommunizieren. Soziale Netzwerke wie YouTube und Facebook haben ihr Geschäftsmodell ursprünglich speziell auf diese nutzergenerierten Inhalte ausgerichtet. Eine neue Generation von Sprecherinnen und Sprechern sowie Politikerinnen und Politikern hat die öffentliche Bühne betreten, die sich nicht länger an die alten Regeln der öffentlichen Rede gebunden fühlen. In der Folge hat sich der Raum des Sagbaren erheblich erweitert.

Die digitalen Publikationsplattformen haben dem Bürgerrecht auf Meinungsfreiheit gewissermaßen Flügel verliehen. Zu den ersten politischen Kräften, die das erkannten und für sich effektiv zu nutzen wussten, gehörte nicht zufällig die neue Rechte, die von den Massenmedien weitgehend marginalisiert worden war. Sie eignet sich das Internet als Propagandamaschine an und experimentiert mit politischen Interventionsformen, die Aufmerksamkeit – die neue knappe Ressource – binden. Gleichzeitig erodiert der alte informelle Konsens über die Grenzen dessen, was öffentlich gesagt und getan werden darf. Die neue Haltelinie rückt näher an das Strafrecht heran, das mit dem jüngst geschaffenen Netzwerkdurchsetzungsgesetz für diese Aufgabe gerüstet werden soll.

Unterdessen entwickeln sich die digitalen Plattformen zu den neuen Gatekeepern des öffentlichen Raums. In dem Maße, in dem sie sich als Infrastruktur für den politischen Diskurs etablieren, ändern sich auch die entsprechenden Selektionskriterien und -mechanismen. Journalistisch ermittelte politische Relevanz konkurriert nun mit allem, was Klicks erzeugt und der algorithmischen Prüfung noch tolerabel erscheint. Als neue Intermediäre empfehlen sich die Plattformen für die Gesellschaft, für Parteien und Abgeordnete wie auch die politische Berichterstattung. Selbst aktive Wahlkampfunterstützung bieten Facebook, Google und Co. an – mit Werbeeinnahmen für Wahlkampfanzeigen als Gegenleistung. So umfassend und subtil ist die Durchdringung der sozialen Netzwerke mittlerweile, dass den alten Massenmedien derzeit wenig anderes übrigbleibt, als sich ihren Regeln und Aufmerksamkeitslogiken zu beugen.

Die Plattformisierung der Öffentlichkeit zeigt exemplarisch, dass sich die mediatisierte Demokratie im Umbruch befindet. Die eingespielten Beziehungen zwischen Massenmedien und politischem Betrieb verlieren ihre Selbstverständlichkeit; und das digitale Medium hat einen neuen Möglichkeitsraum geschaffen, dessen Tiefe wir zwar nicht vermessen, aber doch praktisch erproben können. Diese Entwicklung beschränkt sich keineswegs auf die öffentliche Sphäre, sondern berührt auch andere Dimensionen der repräsentativen Demokratie. Aus Sicht der digitalen Avantgarde US-amerikanischer Provenienz ist die repräsentative Demokratie längst obsolet. Demokratie, so stellt Jamie Bartlett (2018) nüchtern fest, ist eine „general purpose“ technology [...] that somehow stopped evolving“. In dichter Folge lassen sich Experimente beobachten, die bestehende Strukturen und Verfahren der repräsentativen Demokratie zur Disposition stellen. Dazu gehören neue Beteili-

gungsmechanismen, Willensbildungs- und Transparenztechniken, die am Dogma der elektoralen Demokratie rütteln. NGOs wie Liquid Democracy oder die Entwickler der App „Democracy“ („Wahl war gestern. Demokratie ist immer“) arbeiten darauf hin, die Arbeitsteilung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, zwischen politischen Entscheidern und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch das Zeitregime der Demokratie neu zu justieren. Auch politische Parteien experimentieren angesichts ihrer schwindenden Mitgliederbasis mit neuen Organisationsformen, die sie stärker in die Nähe von Bewegungen und Schwärmen rücken (Chadwick & Stromer-Galley 2016; Dormal 2018). Selbst wenn die Demonstration technischer Machbarkeit in einigen Fällen überzeugender sein mag, als die politische Sinnhaftigkeit, ist diesen Initiativen doch gemeinsam, dass sie das Verhältnis von neuen medialen Möglichkeiten und den Ausschlusseffekten, den unrealisiert gebliebenen Optionen tradierter politischer Institutionen, problematisieren. Die Entscheidbarkeit und Gestaltbarkeit demokratischer Strukturen und Verfahren rückt darüber wieder ins Bewusstsein; und dies eben nicht allein als Folge des technischen Wandels, sondern all der Herausforderungen, die sich das demokratische System selbst geschaffen hat.

Literatur

- Brecht, B. (1992): Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. In: Ders.: Gesammelte Werke in 20 Bänden. Band 18, Frankfurt am Main, S. 127–134.
- Bourdieu, P. (1996): *The rules of art: Genesis and structure of the literary field*. Stanford, CA.
- Chadwick, A./Stromer-Galley, J. (2016): Digital Media, Power, and Democracy in Parties and Election Campaigns: Party Decline or Party Renewal? In: *The International Journal of Press/Politics* 21 (3), S. 283–293. (URL: <https://doi.org/10.1177/1940161216646731>)
- Clarke, D. D. (2016): The Contingent Internet. In: *Daedalus* 145 (1), S. 9–17.
- Dormal, M. (2018): Der Formwandel der Demokratie und die rechtspopulistische Regression. In: Bizeul, Y./Lutz-Auras, L./Rohgalf, J. (Hg.): *Offene oder geschlossene Kollektivität*. Wiesbaden.
- Habermas, J. (1992): *Faktizität und Geltung*. Frankfurt.
- Krämer, S. (1998): Form als Vollzug oder: Was gewinnen wir mit Niklas Luhmanns Unterscheidung von Medium und Form? In: *Rechtshistorisches Journal* 17, S. 558–573.
- Reckwitz, A. (2008): *Medientransformation und Subjekttransformation*. In: *Unschärfe Grenzen. Perspektiven der Kultursoziologie*. Bielefeld.